

Armut inmitten unseres Reichtums?

Jeder hat schon einmal einen Obdachlosen gesehen. Vielleicht haben Sie auf dem Schulweg schon einmal Menschen beobachtet, die nach weggeworfenen Pfandflaschen suchen. Oder Sie haben von Personen gehört, die sich ein- oder zweimal in der Woche in einer sogenannten „Tafel“ gespendete bzw. unverkäufliche Lebensmittel kostenlos besorgen. Die meisten würden diese Bürgerinnen und Bürger als arm bezeichnen, ohne sich dabei aber einen genauen Begriff von Armut gemacht zu haben. Armut erscheint als Randphänomen der Gesellschaft, bleibt mehr oder weniger unsichtbar. Dabei sind gleichbleibend etwa 15 Prozent der deutschen Bevölkerung arm.

Dieser Zahl liegt eine materielle Armutsdefinition zu Grunde, die grundsätzlich politisch benötigt wird, um Bedürftigengruppen zu erkennen und mit staatlichen Transferzahlungen wie Arbeitslosen- oder Sozialgeld aufzufangen. Allerdings hat dieser Armutsbegriff auch Grenzen, denn das subjektive Empfinden von Armut und sozialem Ausschluss, die Scham von Armen kann dadurch in keiner Weise erfasst werden. Zudem betrachten Kritiker der jüngeren Sozialpolitik eine wesentliche Ursache für (materielle) Armut gerade in den Sozialstaatsreformen der letzten beiden Jahrzehnte. Insbesondere die als „Hartz-Gesetze“ bekannt gewordenen Veränderungen der Sozialgesetzgebung – inklusive Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu Arbeitslosengeld II (im Volksmund: „Hartz IV“) – habe zu massiver Einkommensarmut von Langzeitarbeitslosen und deren Familien geführt.

Im „Teufelskreis der Armut“ gefangen sinken Bildungs-, Arbeitsplatz- und Gesundheitschancen der Armen und vor allem auch deren ebenfalls unverschuldet in Armut geratenen Nachkommen beträchtlich: Armut wird vererbt.

LEITFRAGEN

- ▶ Wann ist ein Mensch in der Bundesrepublik Deutschland als arm zu bezeichnen?
- ▶ Welche wesentlichen individuellen und gesellschaftlichen Folgen zieht Armut nach sich?
- ▶ Welche Ursachen hat Armut?
- ▶ Welches Ausmaß hat Einkommensarmut und Reichtum in Deutschland?
- ▶ Wie lässt sich Armut politisch bekämpfen bzw. abfedern?

M1 ► Was verstehe ich unter Armut?



M2 Was ist materielle Armut?

Als einkommensarm gelten Personen, deren bedarfsgewichtetes Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, d.h. weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt. Dabei handelt es sich um ein relatives Armutsmaß, da es sich – in Abgrenzung zur absoluten Armut – am üblichen Lebensstandard einer Gesellschaft orientiert und nicht durch das Unterschreiten des absoluten Existenzminimums gekennzeichnet ist.

Das bedarfsgewichtete Einkommen, auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet, wird herangezogen, um die Einkommen unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen. Dabei wird berücksichtigt, dass größere Haushalte zwar einen höheren Bedarf an Wohnraum, Lebensmitteln, Kleidung etc. haben, dass in bestimmten Lebensbereichen jedoch auch, z.B. durch die gemeinsame Nutzung von Küche und Bad, gemeinsame Versicherungen etc., geringere Pro-Kopf-Kosten anfallen als in einem Ein-Personen-Haushalt. Zudem wird davon ausgegangen, dass jüngere Kinder einen geringeren Bedarf als Erwachsene haben. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus der Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, welche anschließend durch einen Wert dividiert wird [...]. Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird der Gewichtungsfaktor 1 zugewiesen. Um die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen, erhalten weitere Personen ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5. Kindern unter 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,3 zugewiesen. Das Haushaltseinkommen einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren würde demnach durch den Wert 2,1 dividiert werden.

[Im Jahr 2012 lag die Armutgefährdungsgrenze laut Statistischem Bundesamt in Deutschland bei 11.757 Euro/Jahr für eine/n Alleinlebende/n und bei 24.690 Euro/Jahr für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren.]

Zusammengestellt aus: WSI-Verteilungsmonitor, Fachbegriffe der Verteilungsforschung www.boeckler.de/wsi_50646.htm#cont_51090, abgerufen am 23.3.2015

M3 Grenzen des materiellen Armutsbegriffs

„[R]elative“ Armutsgrenzen sagen nur bedingt etwas darüber aus, wie sich das echte Leben anfühlt. Die subjektive Lebenswirklichkeit und die individuellen Überlebensstrategien lassen sich mit derartigen Berechnungen nur schlecht erfassen. Armutsgrenzen sind berechenbar. Das Leben mit Armut nicht. [...] Noch komplizierter wird es, wenn man das „noch annehmbare Minimum“ bestimmen möchte, das eine Lebensweise gestattet, die soziale, kulturelle und politische Teilhabe ermöglicht. Denn nun stellen sich Fragen nach einer angemessenen Lebensweise. Gehört etwa ein Restaurantbesuch im Monat zum Minimalstandard oder reicht der Besuch bei IKEA [...] aus? [...] Das Problem bei Zahlenspielen ist, dass sie nur die eine Hälfte der Realität erfassen. Schwer zu berechnen sind etwa die Einschränkungen der Freiheit, die Armut mit sich bringt. Unsere Lebensqualität ist schließlich zu einem guten Teil davon abhängig, welche Handlungsspielräume wir haben – oder eben nicht haben.

Stefan Selke: Schamland © 2013 Econ Verlag in der Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin

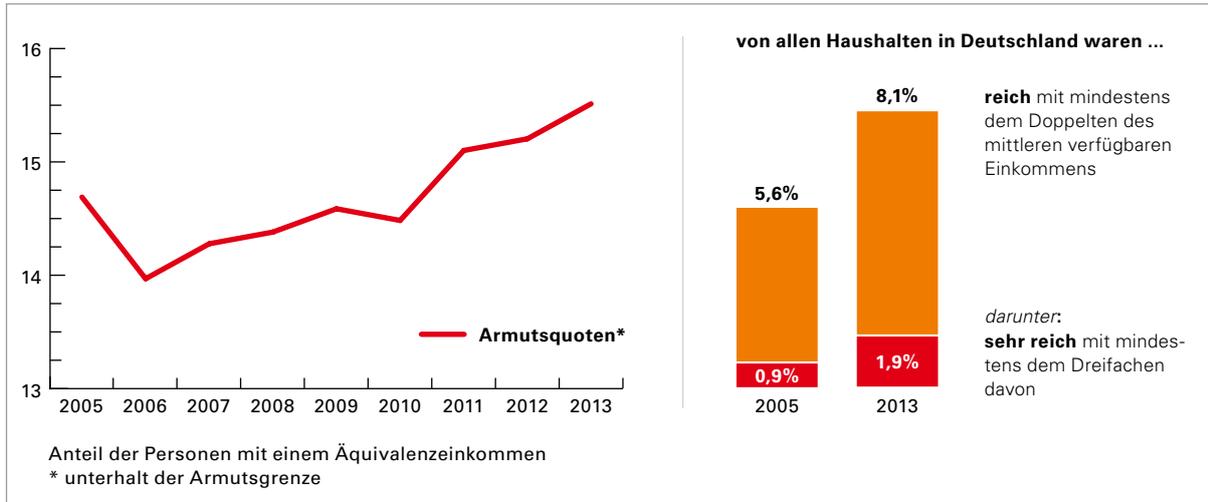
A1 Nennen Sie die Bedingungen, die Ihrer Ansicht nach erfüllt sein müssen, um einen Jugendlichen, einen Erwachsenen mittleren Alters und eine ältere Person als „arm“ zu bezeichnen (M1).

A2 Diskutieren Sie Chancen und Grenzen der unterschiedlichen Armutsbegriffe (M2, M3).

A3 Stellen Sie begründete Hypothesen zu Armutsfolgen auf.

Tipps: Denken Sie dabei u. a. an Lebenschancen (z. B. Folgen für die Gesundheit), Auswirkungen auf das politische Interesse und wirtschaftliche Folgen für den Einzelnen und die gesamte Volkswirtschaft.

M4 Entwicklung von Armut und Reichtum 2005 bis 2013, in Prozent



Statistisches Bundesamt, Spannagel 2014 © Hans-Böckler-Stiftung

M5 Ein Vergleich: Gewinn- vs. Arbeitseinkommen



Statistisches Bundesamt 2015 | Böckler Impuls 3/2015

M6 Immer mehr working poor

[...] In Deutschland können immer mehr Erwerbstätige kaum von ihrem Einkommen leben. Ende 2013 bezogen nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamts rund 3,1 Millionen Erwerbstätige ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Das waren 25 Prozent mehr als 2008, als diese Zahl noch bei rund 2,5 Millionen lag (...). Als armutsgefährdet gilt [der Auswertung zufolge], wer einschließlich aller staatlichen Transfers wie zum Beispiel Wohn- oder Kindergeld weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erzielt. 2013 lag diese Schwelle in Deutschland bei 979 Euro netto im Monat. Nach Angaben der Statistiker waren 16,1 Prozent der Bevölkerung damals armutsgefährdet. Haushaltsbefragungen ergaben, dass 379 000 der armutsgefährdeten Erwerbstätigen im Jahr 2013 ihre

Miete nicht rechtzeitig bezahlen konnten. 417 000 sparten beim Heizen, 538 000 beim Essen, indem sie nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu sich nahmen. Für rund jeden zweiten Betroffenen (1,5 Millionen) sei bereits ein einwöchiger Urlaubsaufenthalt im Jahr nicht bezahlbar gewesen. [...]

3,1 Millionen Erwerbstätige in Deutschland unter der Armutsschwelle, dpa, 24.1.2015

M7 Verfestigung der sozialen Stellung?

Im Jahr 2011 liegt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person in derselben Wohlstandsklassenpositionenklasse wie im Jahr 2010 geblieben ist, deutlich höher als dies zu Beginn der 1990er Jahre der Fall war. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass es immer schwerer geworden ist, in den Bereich des Reichtums aufzusteigen, während die Reichen und sehr Reichen immer weniger fürchten müssen, ihre Reichtumsposition zu verlieren. [...]

Spannagel, D. / Broschinski, S.: Reichtum in Deutschland wächst weiter. WSI-Report 17, September 2014

A5

- a) Beschreiben Sie die Entwicklung von Armut und Reichtum (M4).
- b) Analysieren Sie die Entwicklung von Armut und Reichtum vor dem Hintergrund der Veränderung von Vermögens- und Arbeitseinkommen und der working poor-Problematik (M4 – M7).
- c) Erklären Sie vor diesem Hintergrund, warum Armut(sgefährdung) als gesellschaftliches Verteilungsproblem bezeichnet werden kann.

M8 Konsumfreiheit in Armut?

Bürger, die mehr als 200 Prozent des [mittleren Netto-Äquivalenzeinkommens] zur Verfügung haben, sind nach der relativen Armutsdefinition „reich“. Wer reich ist, kann wertige und langlebige Dinge einkaufen, vielleicht bei [...] einem Designerlabel. Wer reich ist, kann einen eigenen Geschmack und Lebensstil entwickeln und seinen demonstrativen Konsum¹ dazu einsetzen, das soziale Prestige [= gesellschaftliches Ansehen] zu steigern. Für Arme schrumpfen die Freiheitsgrade auf Miniaturgröße zusammen. Das eigene Leben findet dann zunehmend auf dünnem Eis statt. „Je niedriger das verfügbare Haushaltseinkommen ist, umso stärker ist der Verbrauch auf die Befriedigung des Grundbedarfs wie Wohnen, Essen, Kleidung konzentriert“. [Hans-Böckler-Stiftung, 2003] Wer arm ist, kauft bei Kik, einem Discounter oder einem Vortagsladen ein, der Brötchen von gestern zum halben Preis anbietet. Oder geht zur Tafel² und ähnlichen Einrichtungen, um sich [...] Spielräume zu verschaffen.

Stefan Selke: Schamland © 2013 Econ Verlag in der Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin

M10 Demokratie der Besserverdienenden

Die Autoren [einer Studie über soziale Faktoren der Wahlbeteiligung] [...] haben das Wahlverhalten in 28 Großstädten (20 im Westen, acht im Osten) sowie in 640 Stimmbezirken untersucht, die repräsentativ für Deutschland sind und auch für die Prognosen am Wahltag genutzt wurden. Ihr Ergebnis: Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto eher geht jemand nicht zur Wahl. [...]

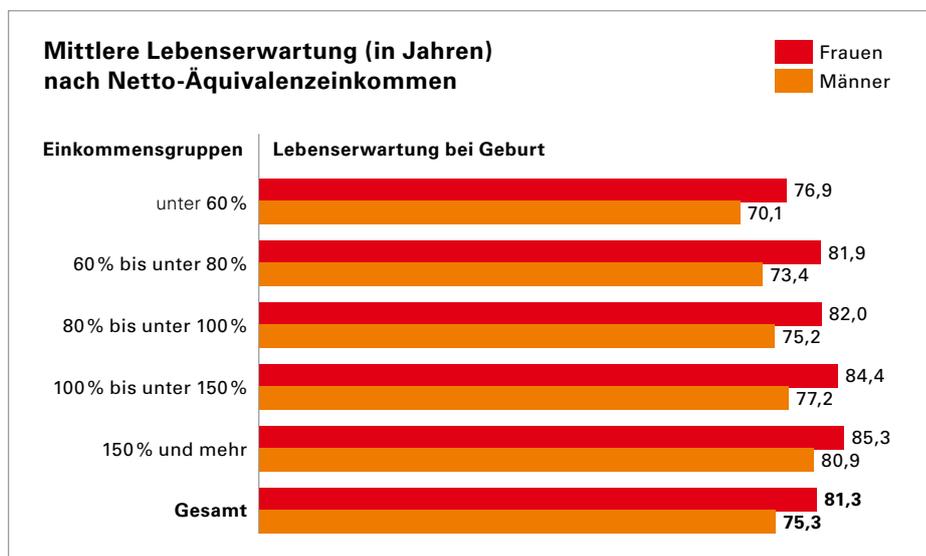
Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent – das ist ja nur ein Durchschnittswert, mit allen Mängeln, die Durchschnittswerte nun mal haben. Dahinter aber verbirgt sich, dass zum Beispiel im reichen Kölner Stadtteil Hahnwald die Beteiligung bei 89 Prozent, im armen Stadtteil Chorweiler jedoch bei nur 42 Prozent lag. In Chorweiler beträgt die Arbeitslosenquote 19 Prozent, in Hahnwald ein Prozent.

Dahinter verbirgt sich zudem, dass die Prozent-Abstände zwischen den Bezirken mit der niedrigsten und denen mit der höchsten Beteiligung über die Jahre immer größer werden. [...]

Ist das ein Trend, der sich auch wieder umkehren kann? Oder wird er sich eher verfestigen? „Unterschiedliche Bildungsgruppen wohnen nicht in denselben Vierteln.“ [...] Was nicht ohne Konsequenzen bleiben wird. Jeder Mensch orientiert sich an den Menschen in seinem Umfeld: Nachbarn, Freunden, Familien, Kollegen – sie alle bestimmen schon durch ihr Dasein, was jemandem wichtig ist, was man denkt, wie man sich verhält. Und so ist eine Erkenntnis der Politikwissenschaft, dass zwar der Kontakt mit anderen Wählern die eigene Wahlbereitschaft erhöht – der Kontakt mit Nichtwählern jedoch das Gegenteil bewirkt, wie die Forscher schreiben.

Esslinger, Detlev: Demokratie der Besserverdienenden, Süddeutsche Zeitung, 12.12.2013

M9 Lebenserwartung nach Einkommen



SOEP, Periodensterbetafeln 1995 bis 2005 Robert-Koch-Institut (Hrsg.), Gesundheit und Krankheit im Alter. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin 2009

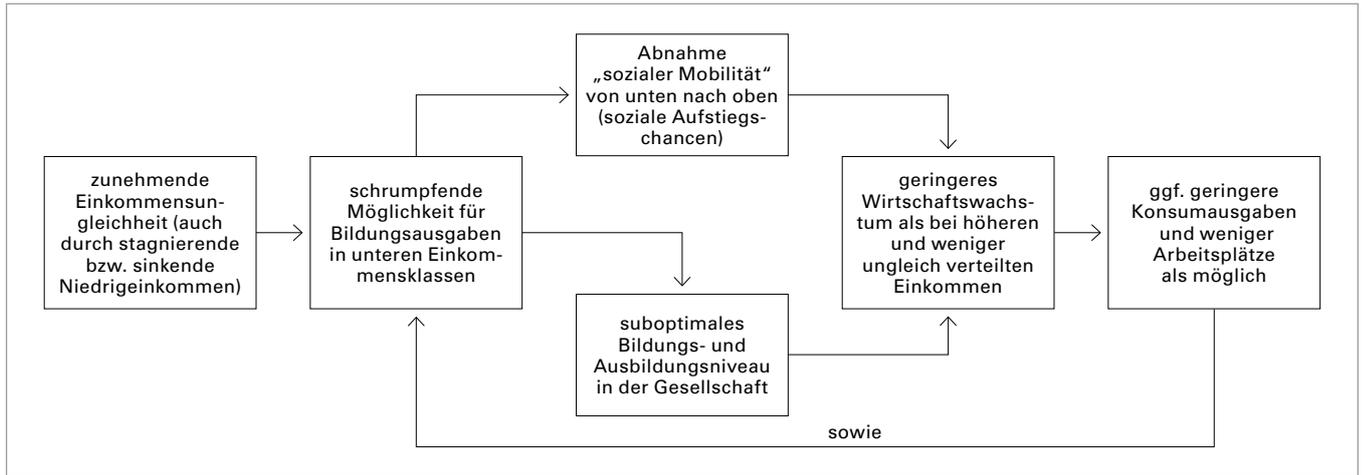
¹ demonstrativer Konsum: Konsum zum Zweck des Zeigens der eigenen materiellen Möglichkeiten
² Tafeln (hier gemeint „Lebensmitteltafeln“): Einrichtungen, die überschüssige, unverkäufliche Lebensmittel von Super- und Großmärkten „einsammeln“ und an Bedürftige ausgeben; meist durch Sozialverbände oder Kirchengemeinden organisiert

M11 Armutsfolgen für die Volkswirtschaft

In einer Studie aus dem Jahr 2014 kommt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu dem Ergebnis, dass zwischen sich vergrößernden Einkommensunterschieden in einer Volkswirtschaft und nicht optimalem Wirtschaftswachstum ein kausaler Zusammenhang besteht. In Deutschland verdienten laut der Studie

im Jahr 1990 die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung das Fünffache der ärmsten 10 Prozent. Dieses Verhältnis habe sich im Jahr 2010 auf 7 zu 1 gesteigert. Insg. ist die Wirtschaft in diesem Zeitraum um 26 Prozent gewachsen. Bei gleichbleibenden Einkommensunterschieden wären aber laut OECD 32 Prozent Wachstum möglich gewesen. Folgender Mechanismus kann angenommen werden.

Autorentext



Darstellung des Autors

A6

Arbeiten Sie in Gruppen wesentliche Folgen von (Einkommens-)Armut heraus (M8 – M11). Gehen Sie dabei zunächst arbeitsteilig vor, stellen Sie sich anschließend Ihre Ergebnisse in Expertengruppen oder im Plenum vor und erarbeiten Sie ein Gesamtbild von Armutsfolgen für den Einzelnen und die Gesellschaft als ganze:

- a) Geben Sie die Folgen für den Konsum wieder und leiten Sie daraus mögliche Konsequenzen für das Selbstbild von einkommensarmen Menschen ab (M8).
- b) Analysieren Sie das Diagramm zu Einkommen und Lebenserwartung (M9).
- c) Fassen Sie den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Einkommenshöhe bzw. Arbeitslosigkeit zusammen und erläutern Sie ihn (M10).
- d) Erklären Sie die volkswirtschaftlichen Armutsfolgen und deren Zustandekommen (M11).

M12 Gesellschaftliche Armutsursachen

Die hohe Quote armutsgefährdeter Alleinerziehender zeigt u. a., dass für diese Gruppe (in wirtschaftlicher Hinsicht) noch kein ausreichendes Kinderbetreuungssystem bzw. Arbeitsplätze mit familienfreundlichen Bedingungen zur Verfügung steht.

Kinder armer und formal unterdurchschnittlich gebildeter Eltern weisen eine deutlich größere Gefahr auf, ebenfalls arm zu sein und keinen (höheren) Bildungsabschluss zu erreichen. Hier liegt ein wesentliches Problem des Bildungs- und Ausbildungssystems.

Das niedrige Arbeitslosengeld II (seit 2005) bewirkte (zumindest bis zur Einführung des Mindestlohns) einen starken Druck, Niedriglöhne noch weiter zu senken – denn der Abstand vom niedrigeren Lohn zum Arbeitslosengeld blieb erhalten.

Kapitalerträge (z. B. Zinsen auf Spareinlagen oder Dividenden für Aktienbesitz) werden mit 25% Kapitalertragssteuern belegt (was unter dem Grenzsteuersatz ab einem Einkommen von 16.000 Euro/Jahr aus Arbeit liegt). Die Steuereinnahmen werden nicht zweckgebunden z. B. für Armutsbekämpfung eingesetzt.

M13 Kein Armenaufstand – warum?

Scham – die Angst vor der Geringschätzung durch andere – ist eine sehr grundlegende und starke Emotion. [...] [Das] Grundgefühl, „nicht mehr mithalten zu können“, löst Scham aus. Verstärkt wird es durch den allgegenwärtigen Erfolgs- und Leistungsdruck. Scham mündet daher schnell in Schuldzuweisungen und Selbstabwertung [...]. Menschen, die trotz zahlreicher Bemühungen keine Arbeit mehr finden, fragen sich beinahe zwangsläufig: Wie konnte es so weit kommen? Wer ist dafür verantwortlich? Die Antwort, die immer öfter auch von außen suggeriert [= eingeredet] wird, lautet: Jeder ist selbst schuld an seiner Situation. Jeder, der Hilfeleistungen benötigt und in Anspruch nimmt, 'bezahlt' dies mit seiner persönlichen Scham und einer an sich selbst gerichteten Schuldzuweisung. Gesellschaftliche Krisen werden immer häufiger mit persönlichem Versagen gleichgesetzt, und niedriger sozialer Status wird immer häufiger als persönlicher Misserfolg gedeutet. [...]

Durch systematische Beschämung entsteht individuelle Scham, die Menschen gefügig macht. Bei den Betroffenen werden negative Gefühle wie Resignation [= Selbstaufgabe], Selbstabwertung und Hoffnungslosigkeit erzeugt, die (bewusst oder unbewusst) als Steuerungselemente eingesetzt werden. Die Orte oder Instanzen der Beschämung sind dabei vielfältig: Konkurrenz um noch verfügbare Arbeitsplätze, Hierarchien zwischen Stammbeslegschaften und Zeitarbeitern, bürokratischer Umgang mit 'Klienten' auf Ämtern oder eben

35 auch das bevormundende Almosensystem der Tafeln. Beschämung zielt auf Erniedrigung und Ausgrenzung ab. Damit sich die Scham in Grenzen hält, versuchen Betroffene sich häufig so angepasst wie möglich zu verhalten, um ja nicht negativ aufzufallen. Sie sind passiv und zeigen weniger eigenverantwortliches Verhalten als Menschen, die nicht beschämt werden. Der Wille zum Protest wird durch das konforme Verhalten mehr und mehr unterdrückt. 40 Wer sich schämt, verliert den Mut. [...]

Durch Beschämungsmechanismen sichern sich die Mächtigen ihren angestammten Platz innerhalb der Gesellschaft. Durch Scham grenzen sich die Ohnmächtigen selbst immer weiter aus. [...] Aber arme Menschen sind keine 'Täter', sondern in den allermeisten Fällen unverschuldet 'Opfer' von System- oder Modernisierungskrisen [...].

Stefan Selke: Schamland © 2013 Econ Verlag in der Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin

A7

- a) Erklären Sie die in M12 dargestellten Armutsursachen.
- b) Leiten Sie aus den Armutsfolgen und -ursachen politische Forderungen ab (M8 – M12). Vorschlag: Gestalten Sie dazu eine ganzseitige Anzeige eines Sozialverbandes in überregionalen Tageszeitungen.
- c) Erklären Sie die Schwierigkeiten, die formulierten politischen Forderungen durchzusetzen.

ERKLÄRUNGEN

Absolute Armut herrscht vor, wenn ein einzelner Mensch von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag und damit am Existenzminimum leben muss. Diese Form der Armut findet sich nur noch in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Relative (Einkommens-)Armut hingegen bezeichnet einen Einkommenssatz, der signifikant vom Durchschnittseinkommen in einer Volkswirtschaft nach unten abweicht.

Die Schwelle zur Armut wird als **Armuts(gefährdungs)grenze** bezeichnet: In der politisch weitgehend akzeptierten Übereinkunft wird die EU-Definition relativer Armut zu Grunde gelegt. Armutsgefährdet wäre demnach eine Person, die in einem Haushalt wohnt, der über weniger als 60 % des Netto-Äquivalenzeinkommens (NÄE) verfügt. Materiell reich wäre demgegenüber eine Person, deren Einkünfte 200 % des NÄE überschreiten. Das **Netto-Äquivalenzeinkommen**

(auch: bedarfsgewichtetes Einkommen) bezeichnet das gesamte Haushaltsnettoeinkommen, das durch eine „Äquivalenzgröße“ geteilt wird. Diese Äquivalenzgröße ergibt sich aus der Anzahl der Personen im Haushalt und deren Alter. Sie wird berechnet, indem der ersten erwachsenen Person im Haushalt der Faktor 1,0 zugewiesen wird, jeder weiteren erwachsenen Person sowie Kindern ab 14 Jahren jeweils der Faktor 0,5 und Kindern unter 14 Jahren der Faktor 0,3. Bei einem Haushalt mit zwei Erwachsenen, einem Jugendlichen von 16 Jahren und zwei Kindern unter 14 Jahren ergibt sich eine Äquivalenzgröße von 2,6 (= 1,0 + 0,5 + 0,5 + 0,3 + 0,3). Wenn das Haushaltsnettoeinkommen z.B. 2.600 Euro monatlich beträgt, dann beläuft sich das Nettoäquivalenzeinkommen für jedes einzelne Haushaltsmitglied pro Monat auf 1.000 Euro (2.600 Euro geteilt durch 2,6).

Ein wesentliches Element der Umverteilung ist die **Steuerpolitik**. In Deutschland werden unterschiedliche Einkommensarten und -höhen unterschiedlich besteuert. Kapitalerträge (z. B. Zinsen, Aktiendividenden) werden mit pauschal 25 % besteuert (zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer). Arbeitseinkommen, die einen Grundfreibetrag von 8.354,- Euro/Jahr (St. 2015) überschreiten, werden je nach Höhe mit einer Lohnsteuer von ca. 14 % bis zu 42 % belegt. Dabei wird aber nicht das gesamte Einkommen mit dem höchsten **Grenzsteuersatz** belastet, sondern „nur“ der Teil des Einkommens, der über der nächst niedrigeren Steuerstufe liegt. So zahlt z.B. ein/e Arbeitnehmer/in mit einem Jahresbruttolohn von 70.000,- Euro im Grundtarif für die „letzten“ 20.000,- Euro den Spitzensteuersatz von 42 %, hat aber gerechnet auf seinen Gesamtlohn einen **Steuersatz** von gut 30 % (St. 2014).